

## Nein zur Hetze der ÖVP!

### Solidarität mit Geflüchteten - bessere Lebensstandards für alle!

- **Gemeinsam gegen rassistische Hetze - für genügend Ressourcen und gleiche Rechte für alle!**
- **Für massive Investitionen in Gesundheit, Bildung und öffentlichen Wohnbau damit genug für alle da ist!**
- **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich um die vorhandene Arbeit auf alle aufzuteilen und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen!**
- **Fluchtursachen statt Geflüchtete bekämpfen! Für eine Bewegung der Menschen in Afghanistan gegen die Taliban und den Imperialismus!**
- **Wir brauchen sozialistische Antworten auf die Krise: Für eine demokratisch geplante Wirtschaft, die sowohl Fluchtursachen beenden wie auch Corona wirksam bekämpfen kann und genug Ressourcen für alle zur Verfügung stellt!**

Die ÖVP versucht sich mit ihrer Hardliner Position zu Asylwerber/innen und Abschiebungen nach Afghanistan über die Skandale der letzten Monate zu retten. Die Situation in Afghanistan ist ein Albtraum für Frauen und die arme und arbeitende Bevölkerung – die erst unter der Herrschaft der Taliban gelitten hatten, dann unter der imperialistischen Besatzung und einer völlig korrupten Regierung, die Besserung der Lebensstandards und Demokratie versprochen hatte – die nicht eingetreten ist –, und die nun unter der Rückkehr der Taliban leiden. Die Taliban sind aus der Unterstützung der USA für die Mudjaheddin entstanden – und dann wurden sie mit einem imperialistischen Angriff und Besatzung „bekämpft“. Imperialistische Angriffe lösen kein einziges Problem sondern erschaffen diese erst. Die USA hat hier genauso Blut an ihren Händen wie auch die UN und die EU.

ÖVP und FPÖ versuchen zynisch die Ängste ihrer Wähler/innen auszunutzen um wieder Unterstützung zu bekommen – Ängste „überannt“ zu werden, um die soziale Absicherung, Jobs, Wohnen und Gesundheitsversorgung. Die Pandemie und die Krise haben diese Sorgen – vor allem jene der Gesundheitsversorgung und der Jobs – verstärkt. Aber die Ursache all dessen ist der Kapitalismus und nicht Migration. Wir sind gegen den zynischen Rassismus der Regierung – es gibt genügend Ressourcen in einem der reichsten Länder der Welt, es muss nicht abgeschoben werden, es könnten Menschen aufgenommen werden. Diese Ressourcen sind allerdings falsch verteilt und falsch eingesetzt – der Reichtum liegt bei einer Handvoll superreicher Familien. Die Solidarität muss daher verbunden werden damit, dass allen genügend Wohnraum, Jobs, Gesundheitsversorgung und Soziales zu Gute kommt. Dafür muss der öffentliche Wohnbau ausgebaut werden und die Immobilienhaie enteignet, dafür muss es eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich geben, einen Kampf für höhere Löhne für alle und einen Ausbau des öffentlichen Gesundheitssystems, sodass die Intensivstationen nicht mehr in einer vierten Welle überlastet werden können. Es ist gut, dass Links Wien einen Protest für die Aufnahme von flüchtenden Menschen aus Afghanistan organisiert, wichtig wäre aber, dass Links Forderungen entlang dieser Linien aufstellt, um einer Spaltung entgegenzuwirken – besonders wo die SPÖ Burgenland auf einen Anti-Migrationskurs setzt und so tut als ob es keine Alternative dazu gäbe.

Österreich kann nicht die großen Probleme der Welt lösen, aber es kann im kleinen zeigen wie es gehen könnte. Das könnte geschehen durch den Aufbau einer gemeinsamen Bewegung für die Veränderung der Gesellschaft, die die Herrschaft der Reichen beendet und die Ressourcen und Talente aller für das Wohl aller einsetzt. Solch eine Bewegung könnte ein internationales Echo in dieser Zeit der Unsicherheit und Zukunftsangst bringen. Gleichzeitig müssen wir den Aufbau einer solchen Bewegung von arbeitenden und armen Menschen auch in Afghanistan unterstützen. Denn weder die Taliban, noch der Imperialismus können ihnen ein besseres Leben bieten. Wir brauchen vor allem eine sozialistische Gesellschaft, die den Kreislauf aus Gewalt und Gegengewalt, aus Krieg, Not und rassistischer Hetze beendet und ein würdevolles Leben für alle garantieren kann – international.

Die Gewerkschaften müssen gemeinsame Kämpfe von allen hier lebenden Menschen organisieren für:

- Bleiberecht für alle hier lebenden Menschen!
- Aufbau einer Bewegung der Menschen in Afghanistan gegen die Taliban und den Imperialismus unterstützen!
- Genügend Geld für öffentlichen Wohnbau, Gesundheit und Bildung!
- Volle Rechte auf Gesundheit, Bildung und Arbeit für alle hier lebenden Menschen!
- Nein zur „Teile und Herrsche“-Taktik – Kampf für höhere Löhne und gleiche Rechte für alle!
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich um die vorhandene Arbeit auf alle aufzuteilen!
- Für die Übernahme der großen Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft um die Ressourcen dafür zu schaffen!
- Für sozialistische Antworten auf die Krise: Für eine demokratisch geplante Wirtschaft, die sowohl Fluchtursachen beenden wie auch Corona wirksam bekämpfen kann und genug Ressourcen für alle zur Verfügung stellt!